

 **Bundesministerium
Inneres**

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.754.882

Wien, am 20. Oktober 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mario Lindner, Genossinnen und Genossen haben am 20. August 2026 unter der Nr. **6806/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Schutz queerer Menschen vor der rechtsextremen „Pedo-Hunter-Szene““ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Welche konkreten Informationen liegen Ihrem Ressort über die Ausmaße und die Aktivitäten der Netzwerke der sogenannten „Pedo-Hunter“ in Österreich vor?*

Unter Bezugnahme auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage 4209/J XXVIII. GP der Abgeordneten David Stögmüller, Agnes-Sirrka Prammer, Freundinnen und Freunde vom 12. Dezember 2025 (3722/AB XXVIII. GP) betreffend „Wie ist der Stand der Ermittlungen gegen die Hetzjagd an homo- und bisexuellen Männern?“ wird festgehalten, dass seit der Zerschlagung der „Pedo-Hunter“-Netzwerke durch die im Jahre 2025 im Bereich der Landespolizeidirektion Steiermark eingerichtete Arbeitsgruppe (AG) Venator bislang keine neuen Netzwerke festzustellen waren.

Zur Frage 2:

- *Welche konkreten Ermittlungsschritte wurden, insbesondere seit der „AG Venator“, mit der 2025 mehr als 30 Verhaftungen gegen Personen aus dem Umfeld dieser Szene durchgeführt wurden, durch Ihr Ressort gesetzt?*

In Österreich wurden spezielle polizeiliche Ermittlungsgruppen, wie die AG Venator eingerichtet, die sich gezielt auf die Ausforschung von „Pedo-Huntern“ konzentrieren. Im Rahmen dieser koordinierten Polizeieinsätze wurden zahlreiche Personen festgenommen. Es konnten im Zuge des kriminalpolizeilichen Großeinsatzes der AG Venator vom 21. März 2025 umfangreiche Datenauswertungen vorgenommen werden. Durch diese gewonnenen Informationen konnten weiterführende Ermittlungsmaßnahmen getätigt und in weiterer Folge Delikte geklärt und zur Anzeige gebracht werden. Neue Gruppierungen wurden seit diesem Zeitpunkt bis dato nicht registriert.

Zur Frage 3:

- *Welche konkreten Ergebnisse konnten seit Frühjahr 2025 durch diese Ermittlungen erzielt werden?*

Im Hinblick auf die, auch nach Abschluss des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens, verbindliche Nichtöffentlichkeit (§ 12 Abs. 1 Strafprozessordnung 1975) ist von einer Beantwortung Abstand zu nehmen.

Zur Frage 4:

- *Gibt es seitens Ihres Ressorts, insbesondere hinsichtlich der Vernetzung der „PedoHunter“- Szene im digitalen Raum, Austausch bzw. Koordinierung mit anderen EU-Ländern?*

Schon vor dem Zugriff durch die AG Venator erfolgte im Rahmen der internationalen Polizeikooperation ein diesbezüglicher Austausch der Behörden. Es wurden im Zuge dessen sämtliche Erkenntnisse mit internationalen Bezügen über Europol an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden im Ausland zur weiteren Verwendung übermittelt.

Zur Frage 5:

- *Liegen Ihrem Ressort konkrete Informationen über die Vernetzung der sogenannten „Pedo-Hunter-Szene“ mit rechtsextremen Gruppen oder Personen vor?*

Auf Grund des überwiegenden Geheimhaltungsinteresses zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit muss von einer Beantwortung der Frage Abstand

genommen werden. Hierzu darf angeführt werden, dass aus jedweder Beantwortung – und sei es auch eine verneinende – Rückschlüsse gezogen werden können. Durch das Bekanntwerden, ob und wenn ja, welche Informationen vorliegen, könnten aktuelle oder zukünftige Ermittlungen konterkariert und die Aufgabenerfüllung der Sicherheitsbehörden erschwert bzw. in gewissen Bereichen unmöglich gemacht werden.

Zur Frage 6:

- *Welche konkreten Schritte werden, insbesondere angesichts des Mordfalls in Langenzersdorf seitens Ihres Ressorts gesetzt, um die Sicherheit von LGBTIQ+ Personen zu gewährleisten?*

Das Bundesministerium für Inneres tauscht sich mit den unterschiedlichen Stakeholdern laufend, unter anderem im Rahmen von POLIZEI.MACHT.MENSCHEN.RECHTE und GEMEINSAM.SICHER aus. Im Rahmen von POLIZEI.MACHT.MENSCHEN.RECHTE werden polizeiliche Themen aus menschenrechtlicher Sicht in einem zivilgesellschaftlichen Dialog-Gremium besprochen.

Das Verhältnis und die Zusammenarbeit zwischen der Polizei in Österreich und der LGBTIQ-Community umfasst sowohl interne Unterstützungsnetzwerke für queere Bedienstete als auch behördliche Maßnahmen zum Schutz vor Hasskriminalität.

Jährlich findet der Roundtable der LGBTIQ+Community mit der Wiener Antidiskriminierungsstelle und der Landespolizeidirektion Wien statt. Im Detail darf auf die Beantwortung der Fragen 1 und 5 der Anfrage 15931/J XXVII. GP des Abgeordneten Mario Lindner, Genossinnen und Genossen vom 10. August 2023 (15406/AB XXVII. GP) verwiesen werden. Die laufenden Kooperationen und der regelmäßige Austausch bilden die Basis für die Stärkung des Schutzes dieser Community. Im Zuge der Realisierung des im Regierungsprogramm festgelegten Nationalen Aktionsplans gegen Hate Crime sollen diese Kooperationen gebündelt und sichtbar gemacht werden.

Gerhard Karner

	Datum/Zeit	2026-10-20T14:42:16+02:00
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-07,OU=a-sign-corporate-07,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
	Serien-Nr.	2052038352
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.signaturpruefung.gv.at . Eine Verifizierung des Ausdruckes kann bei der ausstellenden Behörde/Dienststelle erfolgen.	
Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.	

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-20T14:43:28+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdruckes finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	